

Betreff:

Mehr geförderte Wohnungen hier und heute!
NEUFASSUNG des Antrags der LINKE&PIRATEN Rathausfraktion Wiesbaden zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 11. März 2021

Antragstext:

Mehr geförderte Wohnungen hier und heute!

Die Bereitstellung von ausreichendem Wohnraum ist eine Aufgabe der Daseinsvorsorge durch die Kommune. Die Zahl der Wohnungsgesuche beim städtischen Wohnungsservice ist auf 3372 gestiegen. An der Zahl der in Gemeinschaftsunterkünften untergebrachten Geflüchteten von ca. 2000 hat sich in den letzten Jahren nichts geändert. Aktuell gibt es in Wiesbaden 961 Haushalte die als Wohnungssuchende der Dringlichkeitsstufe 1 zugeordnet sind, das sind 24 Prozent der wohnungssuchenden Haushalte. Ca. 40% der Wiesbadener*innen haben einen Anspruch auf eine Sozialwohnung. Diese Zahl dürfte sich aufgrund der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie weiter erhöht haben. Abgesehen von der Unzumutbarkeit für die Bewohner*innen, darunter viele Kinder und Jugendliche, stellt die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften angesichts der Corona-Pandemie ein erhöhtes Risiko dar.

Ca. 80% der Wohnungen, die zur Zeit entstehen oder geplant sind, werden zu Preisen angeboten, die für Normalverdiener*innen unerschwinglich sind. Das Wohnungsangebot in Wiesbaden ist marktorientiert und richtet sich an eine zahlungskräftige Klientel im Rhein-Main-Gebiet und darüber hinaus. Dem dringenden Bedarf der hier Lebenden bei der Versorgung mit ausreichendem Wohnraum werden die derzeit geltenden Regeln nicht gerecht.

Die neue Richtlinie des Landes Hessen zur sozialen Mietwohnraumförderung bietet eine bessere finanzielle Unterstützung zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, sowohl, was die die Verlängerung von Belegungsrechten, als auch was den Neubau von Sozialwohnungen oder deren Sanierung in Altbauten betrifft. Diese Möglichkeiten gilt es auszuschöpfen. Im Interesse der LH Wiesbaden liegen vor allem Neubauten und Sanierungen in Altbauten bei den städtischen Wohnbaugesellschaften, weil die vom Land gewährten Fördermittel in diesem Fall städtisches Wohneigentum dauerhaft erweitern und sichern können.

Die Einführung von Milieuschutzsatzungen würde erlauben, unter anderem gegen Leerstand und Zweckentfremdung durch die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen vorzugehen.

Die Stadtverordnetenversammlung wolle daher beschließen:

1. Eine Mindestquote von **40%** geförderten Wohnungen und 33% Geschossmietwohnungen und/oder Wohnungen nach Konzeptvergabe bei allen Neubauprojekten mit mehr als 20 Wohneinheiten.
2. Für die städtischen Gesellschaften soll eine Vorgabe von 50% geförderten Wohnungen bei allen Neubauprojekten mit mehr als 20 Wohnungen gelten.
3. Der Verkauf städtischer Grundstücke wird ausgesetzt. Städtische Grundstücke werden in der Regel in Erbpacht, vorwiegend an die städtischen Wohnungsgesellschaften vergeben.

Antrag Nr. 20-F-08-0061 L&P

4. Die Mietpreisbindungen sind bei privaten Investoren gemäß den Förderrichtlinien des Landes Hessen zu gestalten (25 Jahre) und sollen bei stadteigenen Gesellschaften unbegrenzt gelten.
5. Der Magistrat möge ein Konzept zur Einführung von Milieuschutzsatzungen für Wohngebiete vorlegen, die unter besonderem Veränderungsdruck aufgrund steigender Mieten und Immobilienpreisen stehen.
6. Um den privaten Wohnungsbau zu beschleunigen und spekulatives Abwarten von Bodenwertsteigerungen zu unterbinden, werden Baugenehmigungen nur noch mit einer Frist von zwei Jahren bis zum Baubeginn erteilt und laufen danach aus.

Wiesbaden, 12.11.2020

gez. Hartmut Bohrer
Fraktionsvorsitzender

f.d.R. Bernd Fachinger
Fraktionsassistent